

Die Dimensionen der Friedensfrage zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Kurze Bestandsaufnahme

Frieden hat eine soziale, ökologische, ökonomische, kulturelle und natürlich auch politische Dimension. Wofür fühlt sich dann „die Friedensbewegung“ zuständig? Nur für „Krieg“? Und was ist „Krieg“ heute? Nur einer mit Kriegswaffen oder auch mit anderen Waffen?

Frieden hat nicht die Dimension der Ewigkeit als etwas, das, einmal erreicht, ein für alle mal da ist, gilt und bleibt.

Dennoch ist Frieden „bestimmbar“, weniger als Zustand, mehr als Prozeß, als ein Weg. Nicht ziellos, aber auch nie fertig.

Wenn Leben ein ständiger Kampf ist: ums Überleben, um die Verteilung und damit die Teilhabe an Gütern und Diensten und an Macht und Mitbestimmung, dann ist Frieden eine bestimmte Form dieser Teilnahme, welche andere Formen, vor allem den Ausschluß davon, ausschließt. Deshalb sind Krieg und Frieden immer auch Bestandteile von Verteilungskämpfen.

Die einzelnen Staaten mögen und sollen ihre nationalen Wege gehen, global jedoch sind sie Teile von Lebens- und Überlebensentwürfen. Wir stehen dabei an einem Wendepunkt, denn der neoliberale Kapitalismus bietet kein Konzept von Leben, obwohl er es verspricht, sondern ist ein Modell für pure Bereicherung und Ausgrenzung.

Kapitalismus in seiner neoliberalen Form – vielleicht war er früher nicht viel anders - bedeutet nicht Frieden, sondern Krieg mit unterschiedlichen Mitteln

Wir können feststellen, dass zur Zeit weltweit zwei unterschiedliche, sich aber ergänzende Begriffe in Gebrauch sind, die als eine Art Allzweckwaffe dienen: Die Worte „Globalisierung“ und „Terrorismus“. Sie werden zugleich als Rechtfertigung für eine bestimmte Art strategischen Handelns und als umfassende innen- sowie außenpolitische Drohungs- und Einschüchterungsmetaphern eingesetzt.

Man kann sagen, dass sich in den Begriffen „Globalisierung“ und „Terrorismus“ die Dimensionen der Friedensgefährdung der Gegenwart wie in einem Brennpunkt spiegeln.

Warum?

Pax Christi hat Ende der 90er Jahre versucht, die Friedensarbeit angesichts neoliberaler wirtschaftlicher Macht neu zu bestimmen. „Wer Frieden will, muss sich mit der strukturellen Gewalt ökonomischer Rahmenbedingungen und der Dominanz wirtschaftlicher Macht auseinandersetzen“. heißt es in dem Positionspapier.

Worin besteht die politische Herausforderung von Pax Christi die dazu führt, erneut eine Positionsbestimmung zu machen? Sie besteht in der Tatsache, daß sich angesichts von Globalisierung und Terrorismus die Gewalt- und Friedensfrage neu stellt. Dazu müssen wir zunächst die neu gesetzten Koordinaten und die Veränderungen in den weltweiten politischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre zur Kenntnis nehmen:

Die Akteure

Als global handelnde politische Akteure gewannen mehr an Bedeutung natürlich die USA, aber auch China und die Europäische Union. Machtpolitisch versucht Russland sich zu positionieren, während ehemalige Republiken der Sowjetunion in Südost-Europa und Südasien in einem Prozess der Staatenbildung begriffen sind, bei dem gegenwärtig despotische Herrschaftsformen zu überwiegen scheinen.

Die Islamischen Länder, vor allem die arabischen Staaten, sind in einem Prozeß begriffen, bei dem eine große Anzahl von Faktoren eine Rolle spielen:

Die technologische Modernisierung, der politische und soziale Druck zur Entfeudalisierung bzw. Demokratisierung, vor allem der schwierige Weg zu einer demokratischen Öffentlichkeit; religiös-

kulturelle Veränderungen u.a. in erweiterten Kommunikationsräumen durch Informationstechnik, v.a. Internet, TV und Mobilfunk, dadurch induziert eine Verschiebung des Wertekanons in arabischen Gesellschaften, nicht nur in Richtung Aufklärung, oft nur als TV-Amusement und Kulturimperialismus; in Verbindung damit und als Widerstand dagegen finden wir extrem gewalttätige konfrontative Bewegungen in den eigenen Reihen. Zusammen mit wachen Erinnerungen an koloniale Bevormundung und der Erfahrung einer neuen, imperialen Politik des Westens ergibt das eine schwer einzuschätzende Gemengelage an gewalttätigen Konflikthanlässen.

Monopole

Wir sehen zwei unterschiedliche Tendenzen: Einerseits Demokratisierungsprozesse in verschiedenen Ländern, soweit es die sozio-ökonomische Lage zulässt, andererseits eine schleichende Aushöhlung demokratischer Standards. Dazu zählt vor allem die Entmachtung der Parlamente hinsichtlich ihrer Fähigkeit zu souveräner Politik und die Ermächtigung internationaler Konzerne zu Entscheidungen, die nicht im Interesse der Gesellschaften sind, wohl aber für sie spürbare Konsequenzen haben.

Statt der Herstellung einer multilateralen Form internationaler Ordnungssysteme, die der Vielfalt der daran beteiligten Völker, Staaten und Kulturen und ihren Lebensinteressen entsprechen, erleben wir eine Vorgehensweise, die man polyzentrische, z.t. monozentristische Vereinheitlichung auf der globalen politischen Ebene nennen muß. Der Strategiewechsel der USA, der sich im Irak-Krieg am klarsten ausdrückte, hat die bis dahin gültigen Koordinaten der Weltpolitik über den Haufen geworfen.

Diese politische Monopolisierung wird begleitet bzw. fördert selbst auf globaler ökonomischer Ebene wirtschaftliche Monopole.

Zäsuren

Wir stellen eine weltpolitische Zäsur fest:

- Mit dem Irak-Krieg haben die USA und ihre Verbündeten den Krieg zum legitimen Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik gemacht.
- Sie haben das Völkerrecht, dessen universaler Geltungsanspruch Grundlage für alle rechtlichen Regelungen internationaler Beziehungen ist, untergraben..
- Zwei ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates haben die friedenssichernde Grundlage der UN-Charta verletzt und die Autorität der UN beschädigt.
- Die USA treiben eine hegemoniale, unilaterale Politik, die in ihren z.T. dilettantischen Elementen scheitern, bis dahin jedoch die Lösung drängender Probleme hinausgeschoben, verhindert oder sogar wesentlich erschwert haben wird. Die gewalttätigen bzw. destabilisierenden Prozesse aus dem islamischen Kulturkreis sind eine Reaktion auf diese Form von Unilateralismus.
- Wir stellen das neue Phänomen grenzüberschreitender, privatisierter Gewalt fest.
- Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bahnen sich die zentralen gewalttätigen Auseinandersetzungen der Zukunft bei der Frage der Verteilung zweier wesentlicher Ressourcen an: von Wasser und Erdöl.

Rechtsbruch und neue Normen

Wir erleben also den offenen oder verdeckten Bruch, die Aushöhlung verbindlicher grundrechtlicher Standards. Fakten, die gesetzt werden, verändern das Völkerrecht, wie am Beispiel Kosovo zu sehen, wo die Intervention der NATO mit einem Rechtsbruch begann und dann zur allgemein anerkannten humanitären Verantwortung mutierte. Beim Irakkrieg lag die Gefahr nicht so sehr im Rechtsbruch allein, sondern im Anspruch, diesen zur künftigen Norm zu erheben.

In der deutschen Innenpolitik beispielsweise stehen Bund und Ländern zum Teil in einem Wettbewerb bei der Aushöhlung individueller und sozialer Grundrechte von Menschen aus dem Ausland, die für die Wertschöpfung der deutschen Wirtschaft uninteressant sind.

Und es gibt einen „Wettlauf“ bei der Überwachung der Bevölkerung durch Lauschangriff, oft am gesetzlichen Richtervorbehalt vorbei. Im Jahre 2003 waren es 24.441 Angriffe, im Jahre 1995 nur 4.674. Die Erfahrungen zeigen, daß nach diesem Muster die faktische Grundrechtseingrenzung eine nachträgliche Legalisierung zur Folge hat. Der Anlaß für eine politische Durchsetzung verschärfter gesetzlicher Regelungen, die nicht selten bereits vorbereitet daliegen, ist dann oft ein als „terroristisch“ deklariertes Verbrechen.

Innenpolitisch wird der Prozeß des Abbaus von Grundrechten und der erweiterten Kontrolle der Bürger begleitet vom Aufbau der Rechte für Kapitalgruppen und der Erweiterung von unkontrollierten Spielräumen vor allem der Finanzmärkte.

Das ist kein Widerspruch, das sind 2 Bereiche der gleichen Politik.

Bewegungen

Nicht zufällig entstanden als Reaktion auf die neoliberale Globalisierung mit dem Ziel der Re-Demokratisierung, d.h. der Wiedergewinnung des Politischen, Initiativen und Bewegungen der Zivilgesellschaften weltweit wie die Sozialforen, attac oder andere globalisierungskritische Netzwerke und Verbindungen. Nicht wenige von ihnen sehen heute eine Situation, in der sich der Kapitalismus endgültig als Auslaufmodell erwiesen hat und in der seine Prediger in fast verzweifelter Manier nur einen Lösungsweg kennen: Immer mehr und immer rigider von dem, was bereits zur Krise geführt hat.

Besitzstand und Perspektive

Trotz offensichtlichem Handlungsbedarf sehen sich die Kirchenleitungen noch immer eher als Besitzstandswahrer ihres Status denn – und das wäre ihre andere Aufgabe – als prophetische Mahner. Die zum Glaubensbekenntnis aufgewertete Behauptung: „Es gibt keine Alternative“, ein Bekenntnis zur endgültigen „Immanenz“, fand und findet bei den Kirchen der reichen Länder des Nordens (OECD) keinen grundlegenden Widerspruch. So ist es als historisches Versagen der Religionsgemeinschaften zu sehen, dass die prophetische, contrafaktische Losung der Gegenwart von nichtkirchlichen gesellschaftlichen Gruppen formuliert wurde, der Satz nämlich: „Eine andere Welt ist möglich“. Ein traurigerer Widerspruch zum eigenen prophetischen Auftrag lässt sich kaum denken.

Bereits im 19. Jahrhundert (spätestens) haben die Kirchen im symbiotischen Verbund mit dem „ersten Stand“ die Demokratiebewegung des Bürgertums und die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit und politische Partizipation durch die aufkommende, proletarisierte Industriearbeiterschaft unterdrückt – um dann, ehe es zu spät ist, mit großem Abstand das „Soziale“ als relevante Frage aufzunehmen – bei der demokratischen Frage hat es wesentlich länger gedauert.

Und so scheinen auch heute – trotz allem Druck, trotz Expertisen und Warnungen aus den Kirchen des Nordens selbst und aus den Partnerkirchen in der Ökumene - in schwer nachvollziehbarer Verblendung die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft verkannt zu werden: Als eine Option für das Leben die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus in seiner Form totalitärer Globalisierung anzugehen. Der kirchliche mainstream geht vielmehr dahin, mit einer ängstlichen Gettoisierung die reingeblichenen Restbestände des sogenannten „Eigentlichen“ zu retten. Sie reihen sich dabei in Deutschland ein in den Konkurrenzkampf mit den anderen Dienstleistungsunternehmen, die um Anteile an den beschränkten öffentlichen Mitteln ringen, und bemühen sich wie diese – den Ratschlägen von Consulting-Agenturen folgend - um effiziente Marktförmigkeit, zu Lasten der eigenen Beschäftigten, die optimale Betreuung ihrer „Kunden“ im Blick.

Pax Christi - als Teil der Ökumene - sieht es als seine Aufgabe an, genau in diesen Fragen von den Kirchen Verantwortung und Parteinahme für die Opfer der Globalisierung und gegen deren Nutznießer zu fordern.